

Die Einheit der Tat triumphtierte

Erinnerungen an den politischen Neubeginn vor 20 Jahren

Von jenem historischen Aufruf der konsequenten Führerin unseres Volkes in der Zeit der schwersten Prüfungen, des Faschismus - bis zum Eifrig veröffentlichten Manifest an alle Völker und Regierungen der Welt unserer Regierung und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik spannen sich zwanzig bedeutungsvolle Jahre. Die größte Revolution in der Geschichte unseres Volkes wurde vollbracht. Diese Jahre zeugen von der Schöpferkraft der von der Ausbeutung befreiten Arbeiter, Bauern und Geistesgeschaffenden und nicht zuletzt von heroischen Taten der Jugend unseres Volkes auf dem Felde friedlicher Arbeit.

Die geeinte Partei der Arbeiterklasse wies allen diesen Kräften Weg und Ziel. Auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED würdigte Genosse Walter Ulbricht das Verdienst der Aktivisten der ersten Stunden und Wochen.

Wir sprachen über politische Erfahrungen aus dieser Zeit mit einem von ihnen, unserem Genossen Hans Eckardt aus der Organischen Chemie, dessen Bericht wir nachzeichnen:

Durch den Befehl 2 wurden die demokratischen Parteien und Organisationen wieder zugelassen. Mit der Tätigkeit der Freien Gewerkschaften begann an der Universität auch das eigentliche Parteigruppenleben. Neben den Genossen Scheibe und Zumpfe, die von Anfang an dabei waren, erinnere ich mich noch des Genossen Koser, an Genossen Professor Schellenberg, Prof. Klemperer, Prof. Dähne und an Genossen Prof. Ludwig Renn. Zu uns stieß u. a. auch der bis dahin parteilose Drucker Ernst Kuttner, der während der faschistischen Zeit schon aus seiner Einstellung nie ein Hehl gemacht hatte.

Die Genossen erwartete eine Fülle von Aufgaben. War diese Arbeit damals schwer, wurde sie doch freudig verrichtet, denn wir konnten ja frei darangehen, unsere alten Ziele zu verwirklichen und unserem Lande und dem schwergeprüften Volke zu helfen. Mit dem Aufruf der Partei zum Neuaufbau wurden viele Initiativen geweckt. Auch aus dem damaligen Versuchsstab unterstützten uns viele parteilose Kollegen Arbeiter, vor allem die Kollegen Leuschke und Hamann - aber auch solche Angehörigen des Amtes, die Mitglieder der Nazi-Partei gewesen waren und die Lehren der Geschichte beherzigten, wie die Kollegen Leithäuser und Bochmann. Sie halfen von den ersten Tagen an sehr aktiv mit und unterstützten die fortschrittlichen Arbeiter.

Die Organisation des Neuaufbaues bei uns lag zunächst einmal auf den Schultern der KPD-Genossen und der SPD-Mitglieder. Versammlungen führten uns zusammen, aber es gab bereits die Einheit der Tat beim Neuaufbau.

Auch die politischen Debatten zur Überwindung des ideologischen Erbes des Faschismus gingen von den Genossen aus. Die meisten der Angehörigen der damaligen TH mußten sich erst zu uns finden. Viele warteten ab - einige dachten, es käme noch etwas „Entscheidendes“. Sie glaubten offenbar an die in der faschistischen Zeit verbreiteten Grauelmärchen über die Sowjetunion und den Kommunismus.

So war das Anliegen unserer Genossen, unsere Menschen durch eine langwierige Überzeugungsarbeit dafür zu gewinnen, durch die Überwindung der Folgen des Krieges zu beweisen, daß wir bessere Deutsche sein wollten. Wir untercheiden zwischen dem Faschismus und dem deutschen Volke. Und nur über das Vertrauen zu den antifaschistischen Parteien konnte diese Bereitschaft geweckt werden. Es ging nun nicht allein darum, daß man die Kollegen gewann, sondern wie man sie selber als Genosse mit unterstützte bei der Überwindung der bitteren Not, die am Anfang bestand. So war es zum Beispiel Aufgabe des ersten Betriebsrates, alle Freizeitanlagen in der TH zu bebauen, Gärten anzulegen und diese gerecht zu verteilen. Jeder Streifen Land wurde ausgenutzt, denn der Hunger tat weh.

Besonders kompliziert war die Erziehung der Kollegen, die vom Faschismus befallen, einen Ausweg darin zu sehen glaubten, unregelmäßig zur Arbeit zu kommen; sich an Material usw. zu bereichern. Darum hatte vor allem die Gewerkschaft eine sehr große, konkrete Überzeugungsarbeit zu leisten. Alle Genossen sahen hier ihr Arbeitsfeld. Hier unterstützte uns vor allem auch der Rektor, Herr Professor Heidebrock, und Genosse Professor Straub. Prof. Heidebrock, der der LDPD angehörte, entwickelte große Initiative, unser Programm zu unterstützen. Ein aktives Mitglied der CDU war auch Frau Beandorf von der Bibliothek. Obwohl ihr vieles noch unklar war und sie viele Vorbehalte hinsichtlich der Zukunft verständlicherweise haben mußte, war sie doch sehr bemüht, den Neuaufbau mit voranzutreiben.

Überzeugen und helfen war unter diesen Bedingungen die Hauptmethode der politischen Massenaarbeit. Es gelang uns auch, die Arbeitsmoral systematisch zu festigen. Durch inneres eignes, tägliches Beispiel erwachten wir eine hohe Anteilnahme an der Arbeit. Wie orientiert damals, wie mit unseren Menschen gearbeitet werden mußte, um sie zu unseren Zielen zu gewinnen und zu organisieren.

Die Genossen und die Gewerkschafter kamen damals in sehr knap-

pen Abständen zusammen, um alles, was sich im Hochschulleben ereignete oder notwendig geworden war, vom politischen Standpunkt aus zu besprechen. Und da die aktivsten unsere Genossen waren, war der Betriebsrat bald das Sprachrohr unserer Partei. Natürlich redeten wir nicht in den Wind und mußten auch einmal hart zuspäcken, wenn es gar nicht anders ging. Aber das blieb doch die Ausnahme.

Ich erinnere mich sehr gut der ersten Parteiversammlungen. Wir waren damals an die 60 Genossen. Und es war schon damals üblich, parteilose Kollegen einzuladen. Zwei Dutzend waren es immer, die interessiert mitmachten.

Wir berieten damals, kaum hätten wir selbst satt zu essen, schon sehr ernsthaft mit über die Gestaltung der neuen Hochschule. Fortschrittliche Kräfte wurden in allen Bereichen aufgespürt, um die Basis für unsere Arbeit zu verbreitern. Gemeinsam mit dem Rektor, der alle Maßnahmen mit uns besprach, leiteten wir die wichtigsten Maßnahmen ein.

Es war also eine ausgesprochen konkrete politische Arbeit zu leisten. Ohne Massenaarbeit täglich und stündlich, ohne eine gute koordinierte Arbeit mit allen fortschrittlichen Kräften und ohne den festen Zusammenhalt der Genossen wäre es überhaupt nicht gegangen. Eine Fülle von Problemen der Intelligenzpolitik unserer Partei lag ständig auf dem Tisch. Und sie mußten unbedingt geklärt werden. Das war oft gar nicht einfach.

Es war doch eine große Sache, als wir uns zum Beispiel darum kümmerten, daß unsere Wissenschaftler wieder Uhren erhielten.

Wir wollen nicht vergessen, daß damals auch die Studenten begannen, die ersten Schritte der demokratischen Entwicklung zu tun. Im ersten Studenterrat war unser Genosse Helmut Zimmer Vorsitzender, heute Assistent am Institut von Genossen Professor Rocknagel. Die Studenten hatten sehr große Sorgen und außerordentlich schwierige Bedingungen für ihr Studium. Unterkünfte waren kaum zu beschaffen. Viele hatten sehr lange Anreisewege. Wie war das alles kompliziert! Mancher von uns nahm damals vorübergehend Arbeiterstudenten bei sich zu Hause auf! Wir nahmen auch an den Studentenversammlungen teil und waren in den Diskussionen sehr aktiv - wir berichteten von unserem Kampf gegen den Faschismus und erklärten die Ziele unserer neuen antifaschistischen Demokratie. Wir zeigten, was es bedeutet, jetzt mitbestimmen zu können.

Tatsächlich, wie war doch alles anders geworden! Früher, das heißt bis 1945, waren wir als „Verwaltungsarbeiter“ bezeichnet worden, aber wir wurden eigentlich nicht recht ernst genommen. Nach der Durchführung der Schulreform, die ja auch unsere Universität demokratisierte, waren wir als Mitarbeiter geachtet. Wenn ich zurückblicke und unseren Stand heute sehe - wir haben diese Mitbestimmung richtig genutzt, denke ich.

Das ist heute alles so leicht und gemächlich erzählt. Aber wir hatten doch manche schlaflose Nacht, und das nicht nur, weil wir oft bis spät zusammensaßen - der nächste Tag forderte schon wieder überlegte Entscheidungen und unser aktives Beispiel.

Diese Zeit, zu der in den oft noch zerstörten bzw. behelfsmäßig eingerichteten Instituten unser Aufruf der KPD vom 11. Juni zu finden war, ist heute wohl fern. Aber es war eine Zeit, die wir aktiv und kühn gestaltet haben. Mit Stolz schauen wir Alten heute zurück auf diese ersten Schritte.

Die Gewerkschaft hat heute viele andere Aufgaben zu lösen, als das vor zwanzig Jahren der Fall war.

Und doch ist eines im wesentlichen gleich geblieben: Auch heute stehen eine hohe Arbeitsmoral, die Wertarbeit und die kollektive, sozialistische Zusammenarbeit im Vordergrund. Heute stärken wir durch gute Leistungen in Lehre, Forschung und Studium unseren Staat, die Deutsche Demokratische Republik.

Die wichtigste Lehre, die ich aus dieser Zeit für heute ziehen möchte, ist die, daß eine lebendige Massenaarbeit, die untrennbar mit der Lösung dieser Aufgaben verbunden ist, die wichtigste Grundlage für unsere Erfolge bleibt.

Am 11. Juni 1945 erschien der historische Aufruf zum Neuaufbau

Wenn wir heute rückblickend auf unsere Entwicklung seit dem Jahre 1945 schauen, so treten uns die Kämpfe um die Überwindung all der Schwierigkeiten, die sich auf diesem Wege vor uns aufdrängten, deutlich vor Augen. Es war ein heroischer Weg.

Aber eines müssen wir deutlich sehen - und darin dürfen wir uns niemals irremachen lassen, insbesondere nicht durch das Geschrei unserer Gegner oder durch diejenigen, die einzig unsere „Fehler“ sehen und uns diese dauernd vorwerfen -, die Tatsache nämlich, daß wir dies alles wollten: die politische und ökonomische Entmachtung der alten Mächte des Imperialismus, die revolutionäre Umgestaltung der alten gesellschaftlichen Verhältnisse, die Hinführung der Volksmassen zur Macht ausübung und zur Freiheit. Dem sind wir treu geblieben! Das haben wir je nach den konkreten Bedingungen und dem Maß unserer Kraft und Reife getan. Wir haben getan, was geschichtlich notwendig war. Die Entwicklung unserer Nation nötigte uns, so zu handeln, wie wir gehandelt haben. Eben hierin liegt die gewaltige geschichtliche Überlegenheit unseres Weges."

Prof. Dr. Karl Polak
Mitglied des Staatsrates der DDR



Im Kampf um die neue Schule

(UZ-Korr.) Zum 20. Jahrestag der Befreiung halten sich die Angehörigen der Fakultät für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften mit Studenten zusammengekommen, um der historischen Tage im Jahre 1945 zu gedenken. „Wir haben uns davon leiten lassen, Geschichte nicht nur so zu sehen, daß Dinge geschehen sind, die man registriert, sondern es sich darum handelt, dieses geschichtlich Neue sicher zu begreifen und damit die Zukunft besser meistern zu können“, betonte Genosse Prof. Lichtenegger in einführenden Worten.

Zwei Aktivisten der ersten Stunde des neuen sozialistischen Schulwesens, die Genossen Prof. Leupoldt und Prof. Siebert, gaben eine aufschlußreiche Schilderung. Es entstand ein Bild vom aufopferungsvollen Einsatz aller antifaschistischen Kräfte, durch zahlreiche persönliche Erlebnisse aus jenen Tagen illustriert.

Prof. Leupoldt, der schon vor 1933 Lehrer gewesen war, erhielt sofort nach der Befreiung die verantwortungsvolle, schwierige Aufgabe, in einem Tage einen Entwurf auszuarbeiten, wie in Dresden das Schulwesen aufgebaut werden sollte. Die Konzeption, auf einer Seite niedergeschrieben, würde heute „Stoff für eine Doktorarbeit“ liefern. „Was dort gesagt wurde, ist noch gültig, denn das war das, was wir in der langen Zeit des Kampfes der Arbeiterklasse und dann in der Illegalität ja alle diskutiert haben.“

In der damaligen sowjetisch besetzten Zone wurden mindestens 64 000 Lehrer gebraucht, aber nur auf etwa 15 000 Lehrer konnte zurückgegriffen werden. So wurde beschlossen, mit Laienlehrern zu beginnen. „Und sie kamen“, wie der Referent berichtete, „im Soldatenrock; aus der Gefangenschaft; viele hatten Heimat und Angehörige verloren.“ Prof. Leupoldt selbst war mit der Ausbildung neuer Lehrer aufs engste verbunden. Er wirkte als Schulrat in Löbau, im Pädagogischen Zentralinstitut (Zweigstelle Sachsen), wo er das Fernstudium für Mittelstufenlehrer aufbauen half.

„Es war eine lebendige, aber auch freudige Zeit, weil wir ja nun das bauen konnten, wofür wir jahrelang in der Arbeiterklasse gekämpft haben, nämlich unsere Schule, die Schule der Arbeiterklasse; die Schule des Friedens; die Schule, die kein Bildungsprivileg mehr kannte; wo es vom Kindergarten bis zur Universität eine einheitliche Linie und ein einheitliches Prinzip der Bildung und Erziehung gab. Das gab uns viel Schwung. Ich bin glücklich, an diesem Werk mitgearbeitet zu haben.“



Prof. Leupoldt

Über die Entwicklung des Schulwesens und die politischen Hintergründe aus seiner Emigrationszeit in England berichtete anschließend Gen. Professor Siebert. Er war unter anderem Sekretär des internationalen antifaschistischen Komitees der Lehrer. Hier wurden erste Vorstellungen über Bildung und Erziehung in Deutschland entwickelt.

1947 aus England zurückgekehrt, war Professor Siebert maßgeblich am Aufbau der demokratischen Einheitschule beteiligt. „Die demokratische Einheitschule beruhte auf der Einheit der Antifaschisten im Widerstandskampf. Ohne Einheit der Arbeiterklasse hätte es keine Einheitschule gegeben. Die sowjetischen Bildungsoffiziere sagten uns immer wieder: Ihr müßt es machen. Was wir helfen können, wollen wir tun, aber übernehmt ja nicht mechanisch irgend etwas von uns.“ Das war auch die Einstellung der sowjetischen Pädagogen.

„Damals schon wurde die Absicht der

Westmächte durchschaut, unter der sogenannten Demokratisierung des Schulwesens das bürgerliche Bildungsprivileg aufrechtzuerhalten, das geschlagenen Faschisten wieder ihre ideologischen Machtpositionen zu sichern und die Arbeiterklasse mit ihren Forderungen nach dem Aufbau einer demokratischen Schule im Westen auszuschalten.“ Bereits damals galt es, die Spaltertätigkeit rechter sozialdemokratischer Führer zu bekämpfen, die eine Restaurierung des bürgerlichen Bildungsmonopols anstrebten.

„Wir stellten die Forderung auf, daß in Deutschland das Schulwesen aufgebaut wird in der Art einer demokratischen Selbsterziehung, einer demokratischen Erneuerung des deutschen Volkes auf der Grundlage seiner eigenen fortschrittlichen, humanistischen Tradition unter Führung der Arbeiterklasse mit Hilfe der antifaschistischen Lehrer und selbstverständlich mit Unterstützung der damaligen Antifaschistenkoalition.“

So war es notwendig, auf der deutschen humanistischen fortschrittlichen Tradition von 1848, verankert im Kommunistischen Manifest, dem pädagogischen Erbe von Wundt, Diesterweg, Fichte u. a. aufzubauen und schließlich auch von den Erfahrungen der sowjetischen Genossen zu lernen.

Es wurde ein völlig neues Berufsbildungswesen aufgebaut. Erinnert wurde an das Ergebnis des 2. Berufspädagogischen Kongresses, nach dem die ersten Betriebsberufsschulen geschaffen wurden. Das waren die Grundlagen für unser heutiges sozialistisches Bildungssystem.

Zum notwendigen Klassenstandpunkt des sozialistischen Lehrers meinte Prof. Siebert: „Von uns aus werden wir alles tun, unseren Studenten zu helfen, das zu schaffen, das zu verstehen, davon überzeugt zu sein, und in gemeinsamer Arbeit eine Generation von sozialistischen Lehrern heranzuziehen, die nach dem Vorbild unserer Neulehrer ebenso die Aufgaben lösen, die gemeinsam vor uns stehen. Eine Schule wird entwickelt, die Menschen erzieht, die bewußt in Deutschland keinen Krieg und keinen Militarismus mehr dulden, und Wissenschaft und Technik nutzen, damit unser Volk blüht und gedeiht.“

Gubsch/Wandrei
Fakultät für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften
(Gekürzter Beitrag)

„Die Arbeiterereinheit bei uns nach 1945 ist die wichtigste Lehre aus der Vergangenheit und unsere größte Kraft“, stellte der Veteran Genosse Ernst Kuttner fest.

„Die Uneinigkeit der Arbeiterparteien war Schuld daran, daß der Faschismus an die Macht kam und uns so großes Leid gebracht hat. Wir haben daraus gelernt.“

Genosse Kuttner, der zu dem ersten gehörte, die nach dem Zusammenbruch die Geschichte der TU in die Hände nahmen, wurde deshalb schon 1945 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

„In Westdeutschland hat man nicht gelernt. Dort regieren die gleichen Ströme, die den zweiten Weltkrieg verursacht haben. Auch die rechten Führer

Nie wieder darf von Deutschland Krieg ausgehen!

Leserstimmen zum Manifest der DDR

der SPD haben sich wieder von den Konzernen kaufen lassen und versuchen, die Arbeiter in den Schlaf zu wiegen. Deshalb ist die Gefahr, die von Westdeutschland ausgeht, heute über groß.“

„Was mich besonders beeindruckt hat, war die eindeutige Erklärung, daß die DDR alles tun wird, um von deutschem Boden niemals einen Krieg ausgehen zu lassen. Sie spricht damit wohl allen Deutschen aus dem Herzen, und die Bundesregierung kann sich das Prädikat einer „Regierung des deutschen Volkes“ nur dadurch verdienen, indem sie sich dieser Erklärung anschließt.“
Christa Schweiß, BI 2, SG 2

„Von Verwandten aus Westdeutschland weiß ich, daß sich dort die Leute sehr wenig mit dem Problem Krieg-Frieden beschäftigen. Die geänderte Taktik des Kapitalismus hat ihnen mit materiellen Vorteilen die Augen verkleistert. Die Kirche versucht systematisch, sämtliche Verantwortung für Krieg und Frieden höheren Wesen zuzuschreiben. Ich bin der Meinung, daß das Manifest zu Recht die Menschen in Westdeutschland auffordert, sich mit politischen Problemen zu beschäftigen.“
Ulrike Hafemann,
2. Sem. Forstwirtschaft

„Die westdeutsche Bevölkerung sollte nicht glauben, daß sie in Ruhe leben kann, wenn sie sich nicht mit Politik beschäftigt. Diese Untätigkeit hat schon einmal zu einer Katastrophe geführt. Daraus muß auch die westdeutsche Bevölkerung endlich die Lehren ziehen. Das Manifest zeigt den Weg, daß es zu keinem zweiten 1933 kommt.“
Gudrun Mahn,
2. Sem. Forstwirtschaft

„Im Manifest sind wieder die Hauptlehren des 2. Weltkrieges für alle Völker dargelegt; die Lehren, daß nie wieder ein Krieg von Deutschland ausgehen darf und daß mit Völkerhaß und Aggression Schluß gemacht werden muß. Würden sich die westdeutschen Imperialisten dieser Lehren annehmen, wäre die große Gefahr für das deutsche Volk und für alle Völker der Welt gebannt.“
Christine Giese, BI 2, SG 2

AUFRUF

Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen!
Deutsche Jugend!

Manifest an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt

Wählt wir bilden, bauen, schufen und leben. Unsere Ziele sind einfach, aber sie sind tief und werden nicht verworfen. Die Wirtschaft ist dem Staat untergeordnet und nicht umgekehrt. Die Arbeiter und Bauern sind die Herren der Wirtschaft. Die Arbeiter und Bauern sind die Herren der Wirtschaft. Die Arbeiter und Bauern sind die Herren der Wirtschaft.